

## "Waffenstillstand in Griechenland" in Le Monde (19. Oktober 1949)

**Legende:** Am 19. Oktober 1949 kommentiert die französische Tageszeitung Le Monde die Unterbrechung der Kampfhandlungen in Griechenland und fragt nach der politischen Zukunft eines durch drei Jahre Bürgerkrieg zerstörten und ausgebluteten Landes.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 19.10.1949, n° 1.472; 6e année. Paris: Le Monde. "Armistice en Grèce", p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/waffenstillstand\\_in\\_griechenland\\_in\\_le\\_monde\\_19\\_oktober\\_1949-de-99716e8d-f792-4003-8c9b-4d5413831463.html](http://www.cvce.eu/obj/waffenstillstand_in_griechenland_in_le_monde_19_oktober_1949-de-99716e8d-f792-4003-8c9b-4d5413831463.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Waffenstillstand in Griechenland

Die Nachricht von der Aussetzung der Kampfhandlungen seitens der griechischen Partisanen wurde – in Washington wie in Athen – mit Zurückhaltung aufgenommen. Sie bestätigt lediglich den tatsächlichen Stand der Dinge: Nach einer schweren Niederlage Ende August in den Bergregionen von Grammos und Vitsi scheint den Rebellen die Fortsetzung der Kämpfe derzeit unmöglich zu sein. Sie geben dennoch nicht auf. Ihr Radiosender meldete gestern: „Die Guerillaarmee ist weiterhin intakt, stark und einsatzbereit.“ Die Anzahl der Männer, die sich in Bulgarien, Jugoslawien und Albanien befinden, wird auf 15 000 bis 20 000 geschätzt.

Wenn die Rebellen sich nach eigenen Angaben bereit halten, die Szene wieder zu betreten, sobald sie es können, stellt sich folgende Frage: Warum wird dieser Befehl verbreitet, der sich doch eindeutig nicht an die Partisanen richtet, sondern die Regierung in Athen und deren Beschützer beeindrucken soll?

Zu diesem Thema wurden verschiedene – mehr oder weniger wahrscheinliche – Hypothesen aufgestellt. Man vermutet natürlich, der Befehl zur Waffenruhe kommt aus Moskau, der Kreml verzichtet vorläufig darauf, eine Revolte zu unterstützen, deren Ergebnisse wenig zufriedenstellend sind, und richtet seine ganze Aufmerksamkeit auf Jugoslawien. Man fügt sogar hinzu, die Partisanen könnten in diesem Land eingesetzt werden, was nicht unmöglich erscheint, da ein Großteil von ihnen mazedonischer Herkunft ist. Darüber hinaus wurden einige von ihnen in die Tschechoslowakei verlegt. Will man etwa Reserven aufbauen?

Eine andere, weniger plausibel erscheinende Erklärung geht dahin zu vermuten, die UdSSR beabsichtige, einen Handel mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, um im Austausch gegen einen Verzicht in Griechenland zu erreichen, dass die USA ihrerseits darauf verzichten würden, die Kandidatur Jugoslawiens im Sicherheitsrat zu unterstützen. Da die Wahl am Donnerstag stattfindet, wird es ein Leichtes sein, die amerikanische Haltung zu überprüfen. Bis auf weiteres scheint Jugoslawien die notwendige Mehrheit sicher zu sein.

Sicher würde es die sowjetische Seite sehr begrüßen, wenn Großbritannien und die Vereinigten Staaten sich aus Griechenland zurückzögen. So könnte die kommunistische Offensive unter besten Bedingungen wieder aufgenommen werden, sobald die Umstände sich erneut als günstig erweisen. Das wird nicht so bald geschehen. Zuvor müssen etliche Fragen geklärt werden: Welches Los bestimmt man den Partisanen und den griechischen Kommunisten? Welche Garantien werden die angrenzenden Länder dafür geben, ihnen nicht weiterhin Unterstützung und Zuflucht zu gewähren?

Es ist bekannt, dass diese Probleme den Vereinten Nationen vorgelegt wurden und dass dort eine Schlichtungskommission gebildet wurde, um eine Lösung zu suchen. Letzten Meldungen zufolge blieben die Anstrengungen des Präsidenten dieser Kommission Romulo ohne Erfolg: Nur ein Übereinkommen zwischen Belgrad und Athen sei in Aussicht gewesen, es gebe keine Möglichkeit der Verständigung mit Bulgarien und Albanien und die Kommission habe darauf verzichtet, eine Verlängerung ihres Mandats bei der Politischen Kommission zu beantragen.

Eine Intervention der Vereinten Nationen erscheint gerechtfertigt, wenn es sich um ein internationales Problem handelt, wie die Einmischung der Nachbarn Griechenlands in seine Politik; sie ist vielleicht eher fragwürdig, wenn man sich anschickt, die Haltung der griechischen Regierung gegenüber einer Revolte zu diskutieren, die das Land drei Jahre lang in den Ruin trieb und mit blutigen Kämpfen überzog und die zur Zeit unterdrückt wird. Man kann Griechenland keine Amnestie aufzwingen, die es nur selbst beurteilen kann. Nach dem Scheitern der vorhergehenden Amnestien muss es selbst entscheiden, welche Milde man walten lässt, welcher Rhythmus der allmählichen Befriedung des Landes am ehesten angemessen sein kann.

Wahrscheinlich wendet sich das Interesse derer, die sich dieses bedauernswerte Volk aussuchten, um unter ihm Unfrieden zu stiften, bereits anderen Dingen zu, und Griechenland wird nach den Schlägen, die ohne die britische und amerikanische Unterstützung tödlich ausgegangen wären, zumindest für einige Zeit aufatmen können.